

Stellungnahme des Ortsverbandes von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Remagen und Bad Honnef sowie des Kreisverbandes Neuwied und Ahrweiler zu Nonnenwerth

Die GRÜNEN haben sich kreis- und landesübergreifend ausführlich mit der Situation auf der Insel Nonnenwerth auseinandergesetzt. Die drohende Schließung dieser Schule verschärft die aktuell sowieso sehr angespannte Situation der Schulen im Kreis Ahrweiler nach der Flutkatastrophe. Daher haben die GRÜNEN Remagen auf ihrer Mitgliederversammlung am 21.2.22 sowie der GRÜNE Kreisverband Neuwied und der GRÜNE Ortsverband Bad Honnef gemeinsam folgende Stellungnahme verabschiedet:

- 1) Die GRÜNEN unterstützen die Schulgemeinschaft Nonnenwerth: Es ist uns klar, dass die Situation sich in den letzten Wochen nicht entspannt, sondern weiter verschärft hat, und wir bewundern den Elan und das Engagement der Schulgemeinschaft außerordentlich.
- 2) Die GRÜNEN fordern Herrn Soliman hiermit auf, an den Verhandlungstisch zurückzukehren und sich seiner großen Verantwortung für die Schulgemeinschaft bewusst zu werden. Der Orden der Franziskanerinnen hat ihm diese besondere Schule anvertraut und die Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern haben darauf gebaut, dass er diese Verantwortung ernst nimmt.
- 3) Die rechtlichen Handlungsoptionen sowohl auf kommunal- als auch auf landespolitischer Ebene sind allerdings begrenzt, da es sich um eine Schule nach dem Privatschulgesetz Rheinland-Pfalz handelt.
Die GRÜNEN werden sich jedoch auch im Weiteren dafür einsetzen, dass Herr Soliman und die Schulgemeinschaft als Träger einer Schule im Kreis Ahrweiler Unterstützung von Seiten der Verwaltung beispielsweise beim Brandschutz etc. erhalten. Diese Unterstützung kann ggf. bei einem Trägerwechsel auch einem neuen Träger zugutekommen.
Ebenso werden die GRÜNEN beim Land Rheinland-Pfalz für intensive und aktive Beratung in Bezug auf einen möglicherweise nötigen Trägerwechsel engagieren.
- 4) Die GRÜNEN Remagen haben die Vermittlungsversuche von Seiten des Kreises und der Stadt Remagen aufmerksam begleitet sowie die Resolution des Remagener Stadtrates unterstützt, die eine Änderung des Flächennutzungsplans ausschließt und auf diese Weise eine andere Nutzung der Insel als bisher klar verhindert. Die Insel kann laut den aktuellen Vorgaben des Flächennutzungsplans nur als Schule bzw. für kirchliche oder sportliche Zwecke genutzt werden.
- 5) Es liegt jedoch in der Verantwortlichkeit vorausschauender Politik, alle Optionen im Blick zu behalten. Um eine weitere Beschulung der Schüler*innen auch im schlechtesten Szenario sicherzustellen, sollte für diesen Fall eine Anpassung des ÖPNV geprüft werden, um den Schüler*innen der Nordstadt Remagens einen besseren Schulweg z.B. nach Sinzig zu ermöglichen.
Die umliegenden Schulen in den drei betroffenen Kreisen werden sich im Ernstfall auf die Aufnahme weiterer Schüler*innen vorbereiten und soweit möglich Hilfe in Form von zusätzlichen Schulplätzen und ggf. zusätzliche Anmeldeterminen anbieten. Die GRÜNE Kommunalpolitik wird hier alles daransetzen, dass die Kreise ihrer gesetzlichen Verpflichtung nachkommen.